

„Zweiter Bericht des Beauftragten der Sächsischen Staatsregierung für das Jüdische Leben“

Aus dem Bericht, welcher den Mitgliedern der Staatsregierung in der Kabinettsitzung am 7. Juli 2020 vorgestellt wurde:

I. Beauftragter der Sächsischen Staatsregierung für Jüdisches Leben – eine Bestandsaufnahme

Vielen Bürgern des Freistaates ist bisher wenig oder nichts über jüdisches Leben in Sachsen bekannt, Antisemitismus tritt auch im Freistaat Sachsen öfter zu Tage. Daraus ergibt sich Handlungsbedarf für den Freistaat Sachsen und die Zivilgesellschaft. Mit der Berufung des Beauftragten der Sächsischen Staatsregierung für das Jüdische Leben ist ein wichtiger Schritt vollzogen worden, der sowohl von den jüdischen Gemeinden in Sachsen, den gemeindlich nicht gebundenen jüdischen Bürgern Sachsens als auch der Vielzahl von Menschen im Freistaat, die sich dem Thema jüdisches Leben widmen, einstimmig begrüßt wurde. Die seit der Berufung des Beauftragten gemachten Erfahrungen zeigen, dass die jüdischen Gemeinden es schätzen, den Beauftragten an ihrer Seite zu wissen. Auch seitens der Vereine, Initiativen und Einzelpersonen, die sich im Freistaat seit vielen Jahren mit dem Thema Judentum befassen und engagiert gegen Antisemitismus aktiv sind, gibt es Erwartungen und Zuspruch hinsichtlich der Einrichtung der Stelle des Beauftragten für das Jüdische Leben. Durch die ehrenamtliche und damit explizit nicht weisungsgebundene Struktur der Beauftragung entsteht ein Zuwachs an Transparenz und Effizienz sowie die Möglichkeit des unbürokratischen Dialogs mit allen Partnern.

Die Unterstützung der meist ehrenamtlichen Arbeit in diesem Bereich sowie die Beratung und Begleitung der Tätigkeit der jüdischen Gemeinden im Freistaat Sachsen ist eine der Hauptaufgaben und -anliegen des Beauftragten für das Jüdische Leben. Ebenso wird sich aktiv dafür eingesetzt, dass die Anliegen der jüdischen Gemeinden in Sachsen einerseits und staatliche Handlungsoptionen sowie politische Diskurse des Parlaments andererseits miteinander in Bezug gebracht werden.

Um die genannten Ziele zu erreichen hat der Beauftragte strukturell-thematische und haushaltsrelevante Anregungen in die Koalitionsverhandlungen der 7. Wahlperiode des Sächsischen Landtages eingebracht. Hier sind beispielhaft die Einrichtung einer niedrigschwelligen Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus, die Einrichtung psychosozialer Beratungsstellen für Betroffene von Antisemitismus und eine stärkere Förderung deutsch-israelischer Schülerbegegnungen zu nennen.

Der Beauftragte nimmt am regelmäßigen Austausch zwischen den Beauftragten der einzelnen Bundesländer und dem Beauftragten des Bundes teil und ist aktiv in die Arbeit der Bund-Länder-Kommission eingebunden. Er hält den Kontakt zum Ministerpräsidenten, den Staatsministern sowie zur Generalstaatsanwaltschaft.

1. Der Expertenrat

Der im April 2019 vom Staatsminister für Kultus berufene Expertenrat berät den Beauftragten hinsichtlich seiner Arbeit und ist in diesem Verständnis als Fachgremium beratend für das Sächsische Staatsministerium für Kultus tätig. Dem Expertenrat steht Olaf Glöckner, Historiker mit Schwerpunkt jüdische Geschichte, vor. Vertreten sind im Expertenrat zudem die Kirchen, der Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden, das Landeskriminalamt Sachsen, die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland und ein Vertreter der Zivilgesellschaft. Der Expertenrat trifft sich regelmäßig um aktuelle Situationen angemessen in die Diskussion einzubringen.

2. Aktuelle Situation jüdischen Lebens in Sachsen

Jüdisches Leben in seiner Vielfalt ist ein genuiner Teil unserer sächsischen Gesellschaft. Dies wird nicht nur in dem 1994 geschlossenen und seitdem kontinuierlich fortgeschriebenen Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden deutlich, sondern auch an dessen Fortentwicklung. So wurde beispielsweise 2019 geregelt, dass das Fach „Jüdische Religion“ als ordentliches Lehrfach in den Stundenplan sächsischer Schulen aufgenommen und seitdem an Grundschulen in Dresden, Leipzig und Chemnitz angeboten wird.

Gegenwärtig zählen die jüdischen Gemeinden in Sachsen 2.424 Mitglieder, davon leben in Chemnitz 558, in Dresden 719 und in Leipzig 1.199. Als Landesrabbiner fungiert Zsolt Balla, der ebenso in der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig als Rabbiner tätig ist. Die Jüdische Gemeinde zu Dresden hat mit Herrn Akiva Weingarten im Jahr 2019 einen jungen Rabbiner angestellt. In Dresden existiert zudem eine Einrichtung von Chabad Lubawitsch, die einen eigenen Rabbiner, Shenor Havlin, beschäftigt. Die jüdischen Gemeinden im Freistaat Sachsen werden durch Vorstände geleitet, die diese Funktion im Wahlamt ehrenamtlich bekleiden. Die Vorstände delegieren Mitglieder in den Landesvorstand der jüdischen Gemeinden Sachsens, der wiederum Vertreter in die Versammlung des Zentralrates der Juden in Deutschland entsendet. Neben den in den Gemeinden aktiven und registrierten Mitgliedern leben weitere jüdische Bürger im Freistaat Sachsen, die sich keiner der Gemeinden zugehörig fühlen.

Der Altersdurchschnitt der Gemeinden ist durch den Anteil der aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion eingewanderten Menschen als überdurchschnittlich hoch zu bezeichnen. Immer wieder wird daher der Wunsch geäußert, nach dem Vorbild konfessioneller Träger, in der Altenhilfe tätig zu werden. Gespräche zur Einrichtung eines betreuten Wohnens für hochbetagte assistenzbedürftige Gemeindeglieder werden zur Zeit von der Jüdischen Gemeinde zu Dresden geführt und von dem Beauftragten für das Jüdische Leben konzeptionell und strukturell begleitet.

In den Gemeinden ist auch eine zunehmende Zahl junger Menschen beheimatet. Die Kinder- und Jugendarbeit der jüdischen Gemeinden steht nach Absprache mit dem Landesrabbiner und dem Landesvorstand im besonderen Fokus von Kooperationsangeboten des Beauftragten mit dem Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden.

Die Synagoge in Görlitz verfügt über keine eigene Gemeinde. Sie wird von einem Förderverein unterstützt, der sich aus jüdischen und nichtjüdischen Engagierten zusammensetzt.

3. Netzwerk „Jüdisches Leben in Sachsen“

Die mit der Benennung des Beauftragten verbundenen Ziele können nur gemeinsam, durch vorausschauendes und verantwortliches Handeln des Staates und das Zusammenwirken der Zivilgesellschaft, erreicht werden. Besonders zu würdigen sind die vielen Initiativen, Vereinen und Privatpersonen, die sich zum Teil seit Jahren und Jahrzehnten kontinuierlich und in hoher Qualität um die Vermittlung von breit aufgestelltem Wissen über das Judentum in Sachsen bemühen und eine Vielzahl von Veranstaltungen, Projekten und Schulungen gegen Antisemitismus koordinieren und durchführen.

Um diese Arbeit seitens des Beauftragten noch stärker als bisher sowohl strukturell als auch thematisch mit- und untereinander zu koordinieren und aus der gemeinsamen Arbeit strategische Ideen für den gesamten Freistaat, in den Kommunen, Landkreisen und Gemeinden zu generieren, werden seit Oktober 2019 Netzwerktreffen zum Thema „Jüdisches Leben in Sachsen“ von der Geschäftsstelle des Beauftragten organisiert. Diese Netzwerktreffen bieten das große Potential, die Akteure untereinander in Kontakt zu bringen und den Austausch über Ideen, Vorhaben und perspektivische Schwerpunktsetzung zu fördern.

Neben einigen großen Akteuren im Freistaat gibt es in vielen Regionen Sachsens kleinere Vereine und allein wirkende Privatpersonen, die große Mengen an Wissen zusammengetragen haben, von welchem alle profitieren können und sollen. Die Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit zur Verbreitung grundlegender Informationen über das Judentum in Sachsen und differenzierte Strategien gegen Antisemitismus durch die Etablierung stabiler und tragfähiger Netzwerke ist ein wichtiges Anliegen des Beauftragten.

4. Antisemitismus im Freistaat

Es ist ein Armutszeugnis unserer Gesellschaft, dass Juden im Freistaat ihre Religionszugehörigkeit aus Angst vor antisemitischen Übergriffen verstecken. Antisemitische Straftaten kommen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten vor, die meisten in Dresden und Leipzig. Größtenteils handelt es sich um Schmierereien und das Rufen von Parolen im öffentlichen Raum sowie um judenfeindliche Einträge und Kommentare im Internet. Die gezielte Bekämpfung jeglicher Ausprägung von Antisemitismus ist eine zentrale Herausforderung für unseren Staat und die Gesellschaft. Seiner Ausbreitung ist entschlossen durch Verfolgung antisemitischer Vorfälle wie auch präventiv entgegenzuwirken.

Antisemitismus-Prävention sollte zum einen auf der Bildungsebene in allen Stufen der schulischen und außerschulischen Bildung stattfinden. Im Rahmen der Beschäftigung mit der spezifischen Regionalgeschichte in der Umgebung des Bildungsortes vor, während und nach der NS-Zeit bietet sich dies besonders an. Klassenfahrten zu Gedenkstätten und Zeitzeugengespräche sind – solange letztere noch stattfinden können – eine beeindruckende Erfahrung für Schüler und ein geeignetes Medium, die grausamen Geschehen der Geschichte zu veranschaulichen und die entsprechenden Lehren aus dem „Nie wieder!“ zu ziehen. Zum anderen ist die Auseinandersetzung mit dem gegenwärtig erlebbaren Judentum und jüdischer Gegenwartskultur als fester Bestandteil unserer Gesellschaft zu fördern. Dazu bieten sich geführte Besuche in Synagogen und gleichzeitig Gespräche mit jüdischen Bürgern an. Aus den Erfahrungen des ersten Jahres als Beauftragter erscheint es als wichtig, die in diesem Zusammenhang erfolgende Wissensvermittlung in die vertraute Umgebung der Lernenden und somit lebenswirklichkeitsnah einzubetten und zu strukturieren.

Wie dem Beauftragten von unterschiedlichen Seiten berichtet wird, sind antisemitische Haltungen und daraus resultierende Vorfälle sehr oft aus religiös- geschichtlicher Unkenntnis und diffusen Vorurteilen – oft im Verbund mit Verschwörungsmythen – erwachsen. Aus diesem Grund müssen hierzu verstärkt Möglichkeiten angeboten werden, die ein lebendiges und differenziertes Bild des jüdischen Lebens in der Vergangenheit und Gegenwart ermöglichen. Es hat sich – auch in meiner früheren Tätigkeit in der evangelischen Jugendarbeit – bewährt, Begegnungen zu ermöglichen und dadurch Vorurteile gegenüber „den anderen“ auf ebenso einfache wie effektive Weise abzubauen. In der Begegnung muss sich mit dem Gegenüber auseinandergesetzt werden, es wird das Gemeinsame auch im Trennenden erfahren und Barrieren werden abgebaut. Ein großes Potential bieten Schülerfahrten und -austausche nach Israel, wo jüdische Kultur hautnah erlebt werden kann. Diese Fahrten gilt es vermehrt anzubieten und zu unterstützen. Vor allem Schülern aus Ober-, Förder-, und Berufsschulen sollten solche Reisen nach Israel in größerem Maße als bisher ermöglicht werden, da sie in der Zielgruppe der durch Bildungs- und Begegnungsfahrten nach Israel erreichten Personen momentan erheblich unterrepräsentiert sind. Ein Ziel meiner Tätigkeit ist es daher, Fahrten für diese Schüler künftig zu fördern und zu unterstützen.

Ob verbale oder körperliche Angriffe, ob im öffentlichen Raum oder im Internet – antisemitische Übergriffe und Straftaten sind auch in Sachsen kontinuierlich zu verzeichnen. Der Anschlag in Halle in Sachsen-Anhalt (09.10.2019) hat hinsichtlich seiner Härte und Brutalität überrascht. Antisemitismus – selbst in der Mitte der Gesellschaft – ist kein neues Phänomen, er tritt in den letzten Jahren nur deutlicher hervor. Die Hemmschwelle zu

judenfeindlichen Äußerungen, verbalen und körperlichen Angriffen nimmt kontinuierlich ab, gleichzeitig wird antisemitisches Gedankengut immer offener vertreten. Der Antisemitismus der heutigen Zeit ist in allen Generationen verbreitet und stellt – beinahe 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – eine Gefahr für die grundlegenden Werte unserer Demokratie dar.

Das Landeskriminalamt (LKA) Sachsen hat folgende Zahlen antisemitischer Straftaten erfasst: 85 im Jahr 2016, 103 im Jahr 2017, 136 im Jahr 2018 und 144 im Jahr 2019 (basierend auf dem statistischen Jahresabschluss). Als Tathintergrund werden hauptsächlich rechtsextreme Einstellungsmuster verzeichnet.

Neben Aufklärungsarbeit und Dialog sind Haltung und Courage im Alltag wichtig. Dazu ist eine wache und engagierte Zivilgesellschaft notwendig. Menschen, die sich trauen für eine tolerante und demokratische Gesellschaft einzustehen und Solidarität zeigen, müssen unterstützt und gefördert werden. Antisemitismus darf in Sachsen und Deutschland kein Raum gegeben werden.

5. Kooperationen

Die in der Konzeption für die Arbeit des Beauftragten niedergeschriebenen Ziele lassen sich staatlicherseits nur ressortübergreifend und in Form strategischer oder projektbezogener Kooperationen erreichen.

6. Vorhaben

Auf Spurensuche zu jüdischem Leben in Sachsen – Jugendliche für das Thema begeistern

Kinder und Jugendliche wissen einerseits oft nicht, wer oder was sich mit der jüdischen Geschichte Sachsens verbindet. Andererseits ist eine beachtliche Anzahl antisemitischer Vorfälle in Sachsen im Verlauf der letzten Jahre zu verzeichnen. Mit dem vom Beauftragten initiierten Projekt „Spurensuche“ soll beiden Phänomenen begegnet und im präventiven Sinne Wissen über den wertvollen und unverzichtbaren Beitrag jüdischer Sachsen für die Prosperität des Freistaates vermittelt werden. Ein Pilotprojekt wurde bereits realisiert. Der dabei produzierte Kurzfilm „Jüdisches Sachsen – eine Spurensuche“ wird im Laufe dieses Jahres Schulen im gesamten Freistaat als Motivationsgrundlage zur Verfügung gestellt.

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) in Sachsen etablieren

Um eine einheitliche zivilgesellschaftliche Erfassung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle zu gewährleisten, soll in Sachsen – unterstützt vom Bundesverband RIAS e.V. und eingebunden in dessen Arbeit – ein regionales Melde- und Unterstützernetzwerk etabliert werden. Dieses Netzwerk soll neben einer niedrighschwelligem Meldestelle eine Opferberatung für Betroffene von antisemitischen Übergriffen, die auf diese Arbeit spezialisiert ist, beinhalten.

Netzwerk „Jüdisches Leben in Sachsen“ stärken und ausbauen

In Sachsen gibt es eine Vielzahl von Vereinen, Initiativen, Verlagen und Einzelpersonen, die sich dem Thema jüdisches Leben im Freistaat widmen. Um diese Arbeit noch besser miteinander abzustimmen, Synergien durch gemeinsame strategische und projektbezogene Zusammenarbeit zu nutzen und den fachlichen Austausch in Sachsen zu befördern, hat der Beauftragte bereits zwei Netzwerktreffen „Jüdisches Leben in Sachsen“ durchgeführt. Das

Interesse an diesen Netzwerktreffen war groß – mehr als 50 Teilnehmer nutzten die Gelegenheit des fachlichen Austausches und der strategischen Diskussion mit dem Beauftragten und dem Leiter des Expertenrates.

Museum für jüdische Geschichte und Kultur in Sachsen errichten

Ausgehend von der Initiative eines Arbeitskreises, dem neben Vertretern der Jüdischen Gemeinde zu Dresden auch Historiker und Museumsfachleute angehören, setzt sich der Beauftragte für die Errichtung eines jüdischen Museums für den Freistaat Sachsen, die mitteldeutsche Region und die Grenzregionen zu Polen und der Tschechischen Republik ein.

II. Anregungen an die Staatsregierung

1. Sichtbarkeit jüdisches Leben im Freistaat

Um die Sichtbarkeit jüdischen Lebens in Sachsen zu erhöhen, bedarf es zunächst der Garantie, dass sich jüdisches Leben ungefährdet in der Öffentlichkeit präsentieren kann. Die besondere Herausforderung liegt hierbei in der Anforderung, geeignete Maßnahmen zu finden, die Sicherheit jüdischen Lebens zu gewährleisten und gleichzeitig die Orte jüdischen Lebens in Sachsen – Synagogen, Treffpunkte, Kulturorte – dabei zu unterstützen, dass ihre Angebote möglichst niedrigschwellig und gegenüber der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft begegnungsoffen bleiben.

Zur Sichtbarkeit jüdischen Lebens und jüdischer Kultur tragen auch die in den Großstädten regelmäßig durchgeführten Tage der jüdischen Kultur nicht unwesentlich bei. Diese Möglichkeit der Begegnung mit jüdischem Leben und jüdischer Kultur sollte aus Sicht des Beauftragten stärker unterstützt werden.

Aus diesem Grund schlägt der Beauftragte der Staatsregierung vor, zu prüfen, inwieweit eine langfristig angelegte und institutionell verankerte Grundförderung für die Tage der jüdischen Kultur realisierbar ist.

Weitere Projekte und Vorhaben insbesondere der jüdischen Gemeinden, ihrer Förderer und Unterstützer, wie die Schaffung einer Einrichtung für betreutes Wohnen betagter jüdischer Bürger (getragen von der Zentralen Wohlfahrtsstelle) oder die Realisierung eines Museums zu jüdischer Geschichte und Kultur in Sachsen als Bildungs-, Begegnungs- und Erinnerungsort, werden vom Beauftragten ausdrücklich begrüßt.

Bis heute gibt es in Sachsen nach Einschätzung von Fachleuten ungezählte Gebäude, deren jüdische Vergangenheit nach wie vor im Dunkeln liegt. Dies systematisch aufzuarbeiten und ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zurückzuholen ist, besonders angesichts der Beteiligung des Freistaates am Themenjahr „1700 Jahre Juden in Deutschland“, ein wichtiges Anliegen.

Der Beauftragte schlägt der Staatsregierung daher vor, den Reichtum jüdischer Kultur und Architektur in Sachsen durch die Einrichtung einer zentralen Fach- und Dokumentationsstelle dem Vergessen zu entreißen.

Diese Fach- und Dokumentationsstelle, an die alle Landeseinrichtungen ihre vor 1945 erbauten Liegenschaften melden, soll die Gebäude mit jüdischen Vorbesitzern erfassen und deren Geschichte dokumentieren. Ein Expertengremium aus Historikern und ausgewiesenen Experten für jüdische Geschichte sollte diese dann bewerten und einordnen sowie Vorschläge für ein Wieder-Sichtbarmachen dieser architektonischen Landmarken jüdischen Lebens in Sachsen erarbeiten.

2. Sicherheit

Die Mitglieder der jüdischen Gemeinden in Sachsen betonen immer wieder, dass sie sich als offene und der Gesellschaft zugewandte Gemeinden verstehen und diese Offenheit nach Möglichkeit und im Zusammenspiel mit sicherheitsrelevanten Prämissen fortführen möchten. Fraglos gibt es nach dem Anschlag in Halle auch in Sachsen eine neue Bewertung der Sicherheitsstandards für die jüdischen Gemeinden und Kulturzentren. Es liegt allerdings nicht allein an der Umsetzung neuer Sicherheitsstandards, sondern vielmehr an uns allen, mit erfolgreichem und couragiertem Vorgehen gegen jeden Antisemitismus, diesem den Nährboden zu entziehen und jüdisches Leben im Freistaat auch zukünftig in großer Selbstverständlichkeit zu ermöglichen und zu fördern.

Jüdisches Leben in Sachsen muss sich in Sicherheit entfalten können. Der Beauftragte nimmt dankend zur Kenntnis, dass nicht nur die jüdischen Gemeinden und ihre Einrichtungen in der Staatsregierung kompetente Ansprechpartner finden, wenn es um die Erarbeitung, Umsetzung und Finanzierung von jeweils angepassten Sicherheitskonzepten geht.

Da die Erarbeitung, Umsetzung und Finanzierung der Sicherheitskonzepte für jüdisches Leben in Sachsen oft mehrere Ressorts betrifft, schlägt der Beauftragte eine interministerielle Arbeitsgruppe mit dem Staatsministerium des Innern und dem Staatsministerium für Kultus vor, die sich diesem Thema widmet, um das Verfahren für den Freistaat als auch für die jüdischen Einrichtungen transparenter, effizienter und unbürokratischer zu gestalten.

Möglichst hohe Sicherheit bei maximaler Offenheit in die Mehrheitsgesellschaft hinein kann aus der Sicht des Beauftragten nur durch eine noch stärkere Kooperation der jüdischen Einrichtungen mit den Behörden des Freistaates erreicht werden.

Es sollten daher aus Sicht des Beauftragten noch mehr besonders geschulte Vertrauenspersonen bei den Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaft und dem Landesverfassungsschutz benannt werden, an die sich die Leiter jüdischer Einrichtungen bei Fragen, Problemen oder in Gefahrensituationen wenden können.

Diese Vertrauenspersonen müssen mit den Besonderheiten jüdischen Lebens, insbesondere mit den jüdischen Fest- und Feiertagen vertraut sein, um angemessen reagieren und somit die Sicherheit jüdischer Menschen und Einrichtungen maximal gewährleisten zu können.

3. Bildung

Jüdisches Leben im Freistaat wird jungen Menschen in erster Linie neben dem direkten Kontakt mit jüdischen Sachsen durch Bildungsinstitutionen vermittelt. Dies sollte gestärkt werden. Gerade vor dem Hintergrund der jüdischen Minorität in Sachsen kommt dabei dem Bildungssystem eine besondere Rolle zu. Das Wissen der sächsischen Kinder und Jugendlichen über das Judentum und jüdische Geschichte ist ausbaufähig. Hier muss nicht nur der schulische Bildungssektor insgesamt ansetzen, es gilt auch, Unterrichtsmaterialien kritisch dahingehend zu untersuchen, ob sie den Themenbereich jüdisches Leben in Sachsen mit der Regionalgeschichte der Vertreibung und des Holocaust, der Neugründung der jüdischen Gemeinden nach 1945 und der gegenwärtigen Situation jüdischer Sachsen angemessen abbilden.

Die Behandlung des Judentums in der Schule sollte und darf nicht auf den Holocaust reduziert werden, sondern muss unbedingt das gegenwärtig im Freistaat erlebbare jüdische Leben im Kontext anderer Religionen und Kulturen einschließen. Dazu benötigt es gute und zeitgemäße pädagogische Formate, die ebenso erforderlich sind, um die Gefahren des Antisemitismus

adäquat zu adressieren. Dies setzt notwendiger Weise voraus, dass Lehrpersonen Wissen über diese Themenbereiche besitzen.

Es erscheint darüber hinaus notwendig, dass die Lehrenden intensiver dazu geschult und somit sensibilisiert werden, antisemitische Vorfälle zu erkennen und angemessen auf antisemitische Äußerungen und Handlungen im Schulalltag reagieren zu können.

Ein wichtiger Beitrag zur besseren Platzierung des Themas jüdisches Leben in Sachsen und Bekämpfung von jeglichem Antisemitismus ist das seit Oktober 2019 zugängliche Online-Portal „Schulische Qualitätsentwicklung“ vom Landesamt für Schule und Bildung (LaSuB), in dem Angebote von Vereinen, Initiativen und Privatpersonen unter anderem zum Judentum und gegen Antisemitismus von Schulen eingesehen werden können. Durch den Hinweis auf das Portal bei dem ersten Netzwerktreffen „Jüdisches Leben in Sachsen“ kann nun eine Vielzahl von Angeboten abgerufen und in Anspruch genommen werden.

Der Beauftragte empfiehlt der Staatsregierung, durch eine stärkere Lehrplan- und Schulartbezogene Qualifizierung der Angebote aus dem Bereich außerschulischer Bildungsträger diese strukturell so aufzubereiten, dass sie für die pädagogische Weiterbildung nach den Kriterien der Lehrerfortbildung passgenau nutzbar sind.

Neben den Schulen sind es auch die Kindertageseinrichtungen im Freistaat, die erstes Wissen über jüdisches Leben in Sachsen vermitteln können. Frühzeitige Kontakte zu jüdischen Einrichtungen, die Begegnung mit jüdischen Sachsen und der altersgerecht vorbereitete und begleitete Besuch von Stätten der Erinnerung sind Elemente, die den Dialog mit jüdischem Leben ebenso in Gang setzen helfen. Außerdem eignen sie sich als präventive Erstmaßnahmen gegen antisemitische Vorurteile und Klischees.

Der Beauftragte schlägt der Staatsregierung daher vor, Bildungsinhalte und -konzepte schulischer Bildung durch eine damit beauftragte Arbeitsgruppe/Kommission unter Einbeziehung von Vertretern jüdischen Lebens in Sachsen und weiterer Experten programmatisch aufeinander abzustimmen und die Lernorte formales und informelles Lernen bezüglich jüdischen Lebens und jüdischer Kultur-, Geistes- und Regionalgeschichte noch wirksamer miteinander zu verzahnen.

Von hoher Wichtigkeit ist es, nicht nur die jüngsten Generationen, sondern auch deren Eltern und Großeltern zu sensibilisieren. Vor allem die Eltern- und Großelterngenerationen sind schon auf Grund eingeschränkter oder auch fehlender Förderung für diese Zielgruppe nur schwer über projektgeförderte Bildungsangebote zu erreichen, dabei ist diese Generation jedoch zum großen Teil an der Meinungsbildung ihrer Kinder und Enkel beteiligt.

Es ist wünschenswert, dass die angesprochenen Themen altersgerecht in allen Bildungsbereichen von der Grundschule bis zur Ausbildung in Berufsschule oder Universität sowie der kulturellen und politischen Kinder-, Jugend-, und Erwachsenenbildung behandelt werden. Gleichzeitig müssen die Lehrenden umfassender und zielgerichteter als bisher geschult und sensibilisiert werden. Es wird von Betroffenen immer wieder erwähnt, dass auch bei Lehrkräften und Sozialpädagogen wenig bis keine Kenntnisse zum jüdischen Leben in Sachsen vorliegen.

Die Beratung und Förderung durch das Staatsministerium für Kultus mit max. 500 € für Programm- und Fahrtkosten bei Lernortfahrten in Sachsen wird vom Beauftragten und der Expertenkommission als wichtige Unterstützung der schulischen Kinder- und Jugendbildung begrüßt.

Der Beauftragte schlägt der Landesregierung vor, dieses Programm auch auf Lernorte auszuweiten, die im Zusammenhang mit jüdischem Leben stehen.

Im Bereich der Vermittlung jüdischer Geschichte, Kultur und Bildung *für Erwachsene* spielt seit über 10 Jahren auch „Medaon“, ein „Online-Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung“, das von HATiKVA – Bildungs- und Begegnungsstätte für Jüdische Geschichte und Kultur Sachsen e. V. in Dresden herausgegeben wird und halbjährlich erscheint, eine eminent wichtige Rolle, da es das einzige Medium ist, in dem kontinuierlich und in hoher Qualität über jüdisches Leben in Sachsen berichtet wird. Das nicht-kommerzielle Magazin erreicht einen Leserkreis weit über Sachsen hinaus und wird seit seiner Gründung komplett ehrenamtlich erstellt. In den vergangenen Jahren ist das sachsen- und deutschlandweit von Juden wie Nichtjuden sehr geschätzte Projekt durch die notwendige Professionalisierung des online verfügbaren Angebots allerdings an die Grenzen seiner Kapazität und Belastbarkeit gekommen.

Der Beauftragte bittet die Staatsregierung zu prüfen, ob eine durch den Freistaat getragene Basisfinanzierung für „Medaon – das Online-Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung“ möglich ist, die ein kontinuierliches halbjährliches Erscheinen auch in Zukunft sichert und damit die Sichtbarkeit jüdischen Lebens in Sachsen innerhalb wie außerhalb des Freistaates gewährleisten hilft.

4. Kultur

Träger jüdischer Kultur im Freistaat sind neben den Kultusgemeinden, dem jüdischen Kultur- und Begegnungszentrum Ariowitsch-Haus in Leipzig und jüdischen Kunst- und Kulturschaffenden im Freistaat Sachsen vor allem der von Oberkantor Werner Sander 1962 gegründete Leipziger Synagogalchor, der seit den 1970er Jahren aktive Synagogenchor Dresden und die 2007 gegründete Neue Jüdische Kammerphilharmonie Dresden.

Damit diese Ensembles ihr seit vielen Jahren erfolgreiches Wirken auch zukünftig unabhängig von der jeweils vorhandenen Förderkulisse in gleichbleibend hoher Qualität fortsetzen können, regt der Beauftragte an, sie aus Mitteln des Freistaates Sachsen mit einem institutionell verankerten finanziellen Sockelbetrag zu unterstützen.

5. Bekämpfung Antisemitismus

Der Beauftragte begrüßt ausdrücklich die konsequente Förderung von Schulungsmaßnahmen, Fortbildungen, Seminaren und Publikationen durch den Freistaat Sachsen. Die Bekämpfung des Antisemitismus ist eine Angelegenheit, die uns alle angeht. Das im Koalitionsvertrag niedergelegte Bekenntnis der Koalitionspartner zur Einrichtung einer niedrigschwelligen Meldestelle für antisemitische Vorfälle und einer psychosozialen Beratungsstelle Betroffener durch Fachkräftestärkt durch ein kontinuierliches Angebot für Prävention und Intervention die meist projektbezogene Unterstützung von Maßnahmen gegen jeden Antisemitismus.

Diesem Phänomen entschlossen entgegenzuwirken und um ein besseres Bild über antisemitische Vorfälle zeichnen und bewerten zu können, ist es notwendig, dass die Arbeit des LKA von einer Meldestelle ergänzt wird, die auch niederschwellige und somit nicht strafrechtsrelevante Taten abbildet.

Die Unterstützung von im Bereich Antisemitismusprävention und -bekämpfung tätigen Projektträgern ist eine wichtige und richtige Entscheidung der Sächsischen Staatsregierung. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, dass es neben der Tätigkeit dieser Projektträger auch einer stärkeren Unterstützung von Institutionen der Zivilgesellschaft als bisher bedarf. Die Maxime muss dabei lauten, dass es gilt, gewachsene zivilgesellschaftliche Strukturen vor Ort durch die beratende und unterstützende Tätigkeit von Projektträgern beim Kampf gegen Antisemitismus zu stärken, nicht durch diese ersetzen zu wollen.

Der Beauftragte empfiehlt der Sächsischen Staatsregierung daher, Projektförderungen im Bereich Antisemitismusbekämpfung und -prävention noch stärker als bisher an die Einbeziehung langjährig erfahrener zivilgesellschaftlicher Akteure zu binden.

Ein Einfallstor für antisemitische Propaganda ist die BDS-Bewegung (Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen). Diese auch in Sachsen aktive transnationale politische Kampagne hat zum Ziel, den Staat Israel wirtschaftlich, kulturell und politisch zu isolieren. BDS-Vertreter bestreiten offen das Existenzrecht Israels. Die Antisemitismusforschung ordnet die Ziele von BDS als antizionistisch bis antisemitisch ein. Der Deutsche Bundestag verurteilte im Mai 2019 Boykottaufrufe gegen Israel und bewertete BDS als antisemitisch.

Der Beauftragte schlägt der Staatsregierung vor, eine Initiative zur Verurteilung von BDS zu starten.

6. Kooperationen mit Israel

Dem Lernort Israel kommt als Ort konkret erlebbarer jüdischer Mehrheitsgesellschaft und einem unmittelbaren Erfahrungsort jüdisch geprägter Tradition eine besondere Rolle zu, wenn es um das erfahrungsgeleitete Kennenlernen jüdischen Lebens geht. Dass dies von der die Staatsregierung tragenden Koalition durch das gemeinsame Bekenntnis im Koalitionsvertrag unterstrichen wird, zeigt eine neue und willkommene Qualität im Umgang mit jüdischem Leben in Sachsen und darüber hinaus.

Die von der Staatsregierung initiierten Austauschprogramme junger Wissenschaftler und Multiplikatoren, die bisherigen Partnerschaften sächsischer Kommunen mit Städten in Israel und die beständig durchgeführten Konsultationen sächsischer Ministerien, Behörden und Einrichtungen mit israelischen Repräsentanten werden ausdrücklich als wichtige Bausteine in diesem Zusammenhang begrüßt.

Darüber hinaus regt der Beauftragte an, zu prüfen, ob sich ein Informations- und Koordinierungsbüro des Freistaates in Israel nach dem Vorbild der Vertretungen des Freistaates realisieren lässt, um den sächsisch-israelischen Wissens-, Kultur- und Wirtschaftsaustausch noch stärker als bisher unterstützen zu können.

7. Anerkennung von Aktivitäten, die das jüdische Leben in Sachsen stärken

Viele Akteure in Sachsen tragen dazu bei, jüdisches Leben im Kontext der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft zu stärken. Diese Aufgabe wird in der Regel ehrenamtlich übernommen. Dennoch ist sie aus Sicht des Beauftragten ein unerlässlicher Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Sie stärkt den Zusammenhalt, unterstützt die Arbeit der jüdischen Gemeinden und Einrichtungen und schafft wichtige und verlässliche Anknüpfungspunkte in diesem Bereich für den Freistaat Sachsen. Es ist wünschenswert, dass diese Aktivitäten – sei es im Bereich des Kinder- und Jugendaustauschs, der kulturellen Verständigung, der Wissenschaft oder der Wirtschaft – durch ein Format staatlicher Anerkennung eine sichtbarere Wertschätzung erfahren.

Der Beauftragte schlägt der Staatsregierung daher vor, zu prüfen, ob und in welchen Kategorien zukünftig Ehrungen für herausragende Aktivitäten zu Gunsten jüdischen Lebens in Sachsen vorgenommen werden können.